



Presseschau vom 06.02.2020

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info.*

Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, Korrespondent und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, Korrespondent und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.sputniknews.com: **In acht Tagen ein Krankenhaus – warum chinesische Rekordbauten in Deutschland unmöglich sind**

In dieser Woche sorgte eine Rekordmeldung für Schlagzeilen: Nach nur gut einer Woche Bauzeit wurde im chinesischen Wuhan ein Krankenhaus bezugsfertig. Dem gegenüber stehen hierzulande der Berliner Großflughafen BER oder auch ewig andauernde Baustellen auf Autobahnen. Warum brauchen Bauarbeiten in Deutschland so viel länger als in China? ...

<https://sptnkne.ws/BqVR>

de.sputniknews.com: **„Dammbruch“ in Thüringen 2020: Parallelen und Unterschiede zu 1930 – Historiker**

In Thüringen hat sich fast auf den Tag genau, an dem vor 90 Jahren dort erstmals ein NSDAP-Minister ernannt wurde, ein FDP-Politiker mit AfD-Stimmen zum Ministerpräsidenten wählen lassen. Der Jenaer Historiker und Faschismusexperte Manfred Weißbecker erklärt im Interview, welche geschichtlichen Parallelen es gibt und wo die Unterschiede liegen.

<https://sptnkne.ws/Brmg>

vormittags:

de.sputniknews.com: **Attacke auf Damaskus: Syrische Luftabwehr fängt „feindliche Raketen“ ab**

Die syrische Hauptstadt Damaskus ist laut der Nachrichtenagentur Sana in der Nacht auf

Donnerstag attackiert worden.

Laut Sana wurde die Attacke von Israel in Richtung der Vororte der syrischen Hauptstadt verübt.

Die syrische Luftabwehr konnte demnach „die meisten feindlichen Raketen“ abschießen, bevor diese ihre Ziele erreichten.

Die Raketen sollen von den Golanhöhen abgefeuert worden sein. Die israelische Armee kommentierte diese Informationen bislang nicht. Es gab zunächst keine Berichte über Schäden oder Verletzte.

Die Nachrichtenagentur Sana veröffentlichte unter anderem Aufnahmen, die angeblich zeigen sollen, wie die syrische Luftabwehr den jüngsten Angriff gegen Damaskus abwehrt.

Israel führt syrischen Medienberichten zufolge regelmäßig solche Angriffe auf Ziele in der syrischen Hauptstadt und Umgebung durch.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32564/76/325647606.jpg>

telegram-Kanal der Vertretung der LVR im GZKK: Am 5. Februar 2020 wurde kein Beschuss von Seiten der BFU auf das Territorium der LVR festgestellt.

de.sputniknews.com: **Ukrainische Autoindustrie – Stopp und Ende**

Wer in der Sowjetunion an Staudämmen oder Ölleitungen mitgebaut hat, kennt sie bestimmt: Die Lastwagen KrAZ – die mächtigen Dreiachser mit Langhaube und 6x4 oder 6x6-Antrieb. Der Hersteller ist praktisch pleite. Mit dem Lastwagenwerk verschwindet die Autoindustrie der Ukraine.

Die Omnibusse von LAZ, einst in der ganzen Sowjetunion im Einsatz, gibt es schon lange nicht mehr. Die Kleinwagen von ZAZ, einst der Erstwagen vieler Sowjetbürger, ist längst Geschichte. Der Lastwagen KrAZ, einst das Arbeitstier auf sowjetischen Großbaustellen, steht vor dem Aus.

Noch liefert das Werk im ukrainischen Kremenschuk dann und wann Lastwagen an Kommunalbetriebe oder Energieversorger. Aber dem einzigen ukrainischen Fahrzeugbauer, der noch eigene Modelle herstellt, droht das endgültige Aus. Die ukrainische Fahrzeugindustrie: verrostet und verschrottet.

KrAZ ist pleite, wie aus Berichten hervorgeht, die das Lastwagenwerk laut dem Portal „Autoreview“ auf seiner Website veröffentlicht hat. Ausstehende Lohnzahlungen: 19 Millionen Hrywnja (rund 700.000 Euro). Schulden bei der Rentenkasse: weitere 9,6 Millionen Hrywnja (300.000 Euro).

Das Septembergehalt erhielten die Mitarbeiter erst Anfang Dezember – umgerechnet je 100 Euro, weil die Werksbänder im September nur an zwölf Tagen liefen. Der Bürgermeister der Stadt Kremenschuk sagte kürzlich laut dem Portal, das Lkw-Werk arbeite jetzt nur an zwei Tagen in der Woche, also gerade noch so vor sich hin. 193 Fahrzeuge sind letztes Jahr

ausgeliefert worden, 259 waren es im Jahr zuvor.

Kiew hatte dem KrAZ-Werk zwar große Rüstungsaufträge versprochen, aber daraus wurde nur eine Bestellung von 59 Fahrzeugen im vorvergangenen Jahr. 2019 hat das ukrainische Militär keine KrAZ mehr gekauft.

Stattdessen sind Armee-Lkw aus dem benachbarten Weißrussland bestellt worden: Ein ukrainischer Betrieb baut sie in Kleinserien aus Fertigteilen zusammen. Das KrAZ-Management beschwerte sich, in der letzten Ausschreibung der ukrainischen Armee für Militär-Lkw seien ausdrücklich weißrussische Fahrzeuge gefördert worden.

„In der ukrainischen Wirtschaft herrschen Chaos, Korruption und Willkür“, erklärte kürzlich KrAZ-Direktor Roman Tschernjak laut dem Portal. „Bei Rüstungsaufträgen gibt es keine Transparenz.“

Die Rettung sehe man im Export: „Wir setzen auf westliche Märkte und auf andere Länder. Wir haben eine Fertigung in Nigeria ... So wollen wir uns retten, um weiterzuarbeiten.“ Gute Absichten sind aller Ehren. Doch Lastwagen aus der Ukraine braucht der Westen wahrscheinlich eher nicht. Aber wer weiß, vielleicht wird Afrika die stolze ukrainische Industrie noch retten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32642/50/326425096.jpg>

dnr-sckk.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum vom 5. Februar 3:00 Uhr bis 6. Februar 3:00 Uhr

Die Vertretung der Donezker Volksrepublik im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: In den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der bewaffneten Formationen der Ukraine 10. Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der BFU befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Siedlung des Gagarin-Bergwerks), Donezk (Volvo-Zentrum, Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks), Dokutschajewsk, Sachanka.**

Wie bereits mitgeteilt wurde, wurden gestern durch Mörserbeschuss von Seiten der BFU eine Wasserleitung und Objekte der Stromversorgung in Gorlowka (Siedlung des Bergwerks 6/7) beschädigt. Außerdem wurde das Gebäude einer ehemaligen Schule in der Timirjasew-Straße 26 beschädigt.

Nach genaueren Informationen wurde auch die Fensterverglasung in der Timirjasew-Straße 24/1 beschädigt.

Opfer unter der Zivilbevölkerung wurden bisher nicht festgestellt.

Die Gesamtzahl der von den BFU abgefeuerten Geschosse beträgt 21.

Wir erinnern daran, dass die Zahl der Geschosse mit einem Kaliber bis 12,7mm nicht in die

Gesamtstatistik im täglichen Bericht eingeht.

In den vorangegangenen 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgefeuerten Geschosse 106.

Ab 01:01 Uhr am 21. Juli 2019 trat gemäß einer von der Minsker Kontaktgruppe erreichten Vereinbarung eine erneuerte Verpflichtung zur Einhaltung eines allumfassenden, bedingungslosen, nachhaltigen und unbefristeten Regimes der Feueereinstellung in Kraft.

de.sputniknews.com: **Parteiübergreifender Aufruf zur Freilassung von Julian Assange**

Am Donnerstag, dem 6. Februar, findet in Berlin eine parteiübergreifende Aktion zur Freilassung von Julian Assange statt.

Unter anderen beteiligen sich daran der ehemalige Bundesaußenminister Sigmar Gabriel (SPD), der frühere deutsche Innenminister Gerhart Baum (FDP), Ex-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin (SPD), der linke Bundestagsabgeordnete Sevim Dağdelen, der Schriftsteller Navid Kermani und der Journalist Günter Wallraff. Sie alle fordern die Freilassung von Assange wegen seines Gesundheitszustandes.

Assange befindet sich bis zu seiner im Februar bevorstehenden Auslieferung an die USA im Londoner Belmarsh-Gefängnis. Im Fall eines Schuldspruches droht Assange eine Haftstrafe von bis zu 175 Jahren.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32642/87/326428716.jpg>

de.sputniknews.com: **Terror-Attacken letzter Wochen: Moskau meldet Tod russischer und türkischer Spezialisten in Idlib**

Innerhalb der letzten zwei Wochen haben Terroristen im syrischen Idlib mehr als 1000 Attacken verübt, erklärte am Donnerstag Russlands Außenministerium. Demnach kamen dabei russische und türkische Spezialisten ums Leben.

„Mitte Januar haben russische und türkische Militärs einen erneuten Versuch unternommen, in der Idliber Deeskalationszone die Waffenruhe durchzusetzen“, so das Außenministerium Russlands.

„Aber die Terroristen haben nicht nur ihre Kampfaktivität nicht verringert, sondern die Attacken ausgebaut.“

Allein in den letzten zwei Wochen gab es demnach mehr als 1000 Angriffe. Gezählt werden Hunderte Todesopfer und Verletzte unter syrischen Militärs und Zivilisten.

„Auf tragische Weise sind russische und türkische Militärspezialisten ums Leben gekommen“, heißt es weiter.

Deren genaue Zahl wird dabei nicht präzisiert. Das Ministerium teilte ferner mit:

„Die Versuche, die russische Luftbasis Hmeimim unter Einsatz von Kampfdrohnen zu attackieren, hören nicht auf.“

Idliber Deeskalationszone

In Idlib befindet sich eine der vier so genannten Deeskalationszonen, die 2017 unter Vermittlung Russlands, des Iran und der Türkei etabliert worden waren, um Zivilisten einen Ausweg aus den Kriegsgebieten zu ermöglichen. Anders als die drei anderen Deeskalationszonen wird Idlib immer noch nicht von der Regierung in Damaskus kontrolliert. Neben Millionen von Zivilisten werden dort Zehntausende extremistische Kämpfer und Terroristen vermutet. Die größten Gruppen sind die von der Türkei unterstützte Nationale Befreiungsfront und die Terrormiliz al-Nusra-Front.

Dnronline.su: Die Versuche den Faschismus in der Ukraine wiederzubeleben, die aktiv vom derzeitigen Präsidenten Wladimir Selenskij unterstützt werden, kommentierte die Abgeordnete des Volkssowjets der DVR Jelena Schischkina in einem Interview mit der offiziellen Seite der DVR.

„Die Politik Selenskij's ist eine vorsätzliche, planmäßige und weitgehende Strategie der Führung der Ukraine zur Vernichtung der Geschichte und der Erinnerung an die Heldentaten des sowjetischen Volkes in den Jahren des Großen Vaterländischen Krieges, die auf eine Bloßstellung, Entpersönlichung und Entmenschlichung des Bildes des Helden, des Verteidigers des Vaterlands, gerichtet ist. Unter Selenskij wird der Faschismus aktiv kultiviert, es werden radikale nazistische Organisationen auf staatlicher Ebene unterstützt. Gerade er bringt den Faschismus zu einer vollständigen Wiedergeburt und Verwirklichung in der Ukraine“, sagte Jelena Schischkina.

Sie unterstrich auch, dass die Ideologie und Kultur der Erziehung der jungen Generation unter Selenskij auf einer Leugnung der Heldentaten und der Bedeutung des Sieges des sowjetischen Volkes im Großen Vaterländischen Krieg aufgebaut sind.

„Die Herangehensweise des derzeitigen Präsidenten der Ukraine ist ein absurdes Theater. Trotz seiner lautstarken Erklärungen über die Notwendigkeit, die Menschen verschiedener Nationalitäten zu vereinen, der Vereinigung der Völker in einer nationalen Idee, vertritt Selenskij die Ideologie Hitlers und seiner Erben. Das Staatsoberhaupt der Ukraine ist das Zentrum der Ideologie des Faschismus, das aktiv die große Vergangenheit seines Landes vernichtet, was sich zweifellos negativ auf die Bürger des Staates auch in der Zukunft auswirken wird“, kommentierte sie.

Sie unterstrich insbesondere, dass Selenskij, der die Geschichte seiner Familie nicht wertschätzt, die Geschichte seines Landes nicht ehren können.

de.sputniknews.com: US-Demokraten pochen bei Trump auf Verlängerung von New-START-Vertrag

Die für die Außenpolitik zuständigen Mitglieder der Demokratischen Partei im US-Kongress haben Präsident Donald Trump aufgefordert, sich mit Russland über eine Verlängerung des Vertrages zur Verringerung strategischer Waffen (New-START-Vertrag) um weitere fünf Jahre zu einigen. Der Vertrag läuft Anfang 2021 aus.

Die diesbezügliche Erklärung trägt die Unterschriften des demokratischen Mitglieds des Außenpolitischen Ausschusses des Senats, Robert Menendez, und des Vorsitzenden des entsprechenden Ausschusses im Repräsentantenhaus, Eliot Engel. Das Dokument wurde auf der Webseite des Außenpolitischen Ausschusses des Repräsentantenhauses veröffentlicht. Darin heißt es unter anderem: „Es ist Zeit, dass Präsident Trump der Stimme der Vernunft sowie Experten und unseren Verbündeten Gehör schenkt, die begreifen, dass dieser Vertrag ein unverzichtbarer Sicherheitspfeiler ist.“

Der Vertrag dämme die Nuklearkräfte Russlands ein, sichere die Verifizierung der von Russland übernommenen Verpflichtungen und ermögliche es den USA, „gefahrenlose, zuverlässige, moderne und effektive“ nukleare Eindämmungsmittel beizubehalten, heißt es. Zudem könnte der Datenaustausch im Rahmen des New-START-Vertrages den USA die Möglichkeit bieten, den Zustand der russischen Nuklearkräfte einzuschätzen, und damit dem

US-Militär helfen.

Beamte in der US-Administration sind jedoch der Meinung, dass eine Verlängerung des New-START-Vertrages nicht dringend sei. Wie der Berater des US-Außenministers, Christopher Ford, äußerte, sei es nicht dringend nötig, den Vertrag schon jetzt zu verlängern. Denn dafür seien keinerlei Verhandlungen nötig, die Seiten könnten sich einfach darauf verständigen, das Abkommen auf der bereits bestehenden Basis zu verlängern. Laut dem stellvertretenden Verteidigungsminister John Rood würde eine sofortige Verlängerung des Vertrages die Möglichkeit beeinträchtigen, ein breiteres Abkommen mit Moskau und Peking zu schließen. Wie Eliot Engel gegenüber der Agentur RIA Novosti sagte, unterstützen die Demokraten und die Republikaner im US-Kongress die Idee der Verlängerung des New-START-Vertrages. Davon würden Länder „in aller Welt“ einen Vorteil haben, sagte Engel.

nachmittags:

dnronline.su: Ab dem 6. Februar gilt auf dem Territorium der DVR aufgrund der starken Schneefälle der Notstand, rund um die Uhr arbeitet ein behördenübergreifender Stab zur Beseitigung von Notfallsituationen auf staatlicher Ebene unter Leitung von Generalleutnant des Zivilschutzes Alexej Kostrubizkij. Die Verbindung mit den Städten und Bezirken der DVR läuft über Videokonferenzen.

Zum Stand um 12 Uhr ist der Verkehr auf Straßenabschnitten in den Bezirken Starobeschewo, Amwrosiewka und Schachtjorsk erschwert.

In den Städten und Bezirken der Republiken werden Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der schwierigen Wetterbedingungen durchgeführt.

...

de.sputniknews.com: **Venezuela: Trump empfängt Guaidó und droht Rosneft mit Sanktionen**

Von Armin Siebert

Die USA halten an Ihren „Regime Change“-Plänen in Venezuela fest. Trump empfängt den selbsternannten Interimspräsidenten Guaidó im Weißen Haus. Parallel werden Firmen, die Venezuelas Präsidenten Maduro unterstützen, mit Sanktionen der USA gedroht. Das betrifft auch Russlands Öl-Konzern Rosneft. Nun schaltet sich das russische Außenministerium ein. US-Präsident Donald Trump hat Venezuelas selbsternanntem Interimspräsidenten Juan Guaidó am Mittwoch im Weißen Haus empfangen. Ein solcher Besuch wird für gewöhnlich nur legitimen Staatschefs gewährt. Trump hatte Guaidó bereits am Dienstag bei seiner Ansprache zur Lage der Nation weitere Unterstützung zugesagt, um „die Tyrannei von Venezuelas sozialistischem Präsidenten Nicolás Maduro zu zerschlagen und zu brechen“.

Neue US-Sanktionen gegen Venezuela

Trumps Sprecherin Stephanie Grisham ergänzte, dass es darum gehe, „den Übergang zur Demokratie in Venezuela zu beschleunigen“ und die „illegitime Diktatur“ dort zu überwinden. Zu diesem Ziel würden die USA in den nächsten 30 Tagen „wirksame Maßnahmen“ wie neue Sanktionen vorstellen, erklärte ein ranghoher Regierungsmitarbeiter in einer Telefonkonferenz mit Journalisten.

Juan Guaidó erklärte sich selbst im Januar 2019 zum Interimspräsidenten von Venezuela und wurde als solcher von 54 Nationen, darunter die USA und viele EU-Länder, anerkannt. Eine Mehrheit der UNO-Länder, darunter Russland, die Türkei oder China erkennt Guaidó nicht als Präsidenten an.

Seit einem Jahr liefern sich Guaidó und der gewählte Präsident Venezuelas Maduro einen Machtkampf. Guaidó selbst war seit Januar nicht mehr in Venezuela. Wegen laufender Strafverfahren darf er das Land eigentlich nicht verlassen. Darüber setzte er sich aber im Januar hinweg und reiste nach Kolumbien, wo er US-Außenminister Mike Pompeo traf.

Anschließend fuhr Guaidó weiter nach Europa zum Weltwirtschaftsforum in Davos, wo er hinter den Kulissen auch Kanzlerin Angela Merkel traf. Aktuell befindet er sich in den USA. Bei seiner Rückkehr nach Venezuela könnte ihm eine Festnahme drohen.

Erstmals Sanktionen gegen ausländische Firmen?

Die USA haben das Land mit massiven Sanktionen belegt, die zu humanitärer Not der Bevölkerung führten. Die harten US-Sanktionen richten sich auch konkret gegen die Ölindustrie des ölreichen Landes. Am Mittwoch erklärte ein ranghoher US-Regierungsmitarbeiter nun erstmals, dass auch ausländische Firmen, die mit Venezuela Geschäfte machen, von Sanktionen betroffen sein könnten:

„Alles ist eine Option, wenn es darum geht, den Druck zu erhöhen auf Firmen, auch russische, die Maduro unterstützen.“

Der Regierungsmitarbeiter konkretisierte gegenüber Journalisten:

„Egal, ob es um Rosneft, Reliance, Repsol oder Chevron hier in den Vereinigten Staaten geht, wir werden ihre Aktivitäten in Venezuela, wenn sie Maduros Diktatur direkt oder indirekt unterstützen, genau verfolgen.“

Rosneft war 2019 der größte ausländische Abnehmer von Öl aus Venezuela. Dahinter folgten Reliance Industries aus Indien, Repsol aus Spanien und Chevron aus den USA.

Lawrow reist nach Caracas

Russland hat sofort auf die Äußerungen aus Washington reagiert und schickt am Freitag Außenminister Sergej Lawrow nach Caracas. Russland ist international einer der wichtigsten Verbündeten Venezuelas. Moskau hat wiederholt die US-Sanktionen gegen Venezuela als illegal verurteilt.

Das russische Außenministerium teilte mit, dass Lawrows Reise nach Venezuela dazu dienen soll, die Zusammenarbeit in den Bereichen Energiewirtschaft, Bergbau, Transport, Landwirtschaft und Verteidigung zu vertiefen.

Die Sprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa ergänzte:

„Es ist auch geplant, Schritte zu diskutieren [...], um den illegal, einseitigen Sanktionen entgegenzuwirken, die die sozioökonomische Situation in Venezuela verschlechtert haben.“

Lawrow ist bereits am Mittwoch nach Lateinamerika aufgebrochen. Seine Reise führt ihn nach Kuba, Mexiko und Venezuela. Dies wird auch als Replik auf die Reise von US-Außenminister Pompeo in der vergangenen Woche in die ehemaligen Sowjetrepubliken Ukraine, Belarus, Kasachstan und Usbekistan gesehen.



<https://cdnde1.img.sputniknews.com/images/32642/99/326429910.jpg>

armiyadnr.su: Erklärung des offiziellen Vertreters der Leitung der Volksmiliz der DVR zur Lage am 06.02.2020

Nach Angaben, die von den Beobachtern des GZKK der DVR erfasst wurden, haben die bewaffneten Formationen der Ukraine **in den letzten 24 Stunden zehnmals das Feuer auf**

Ortschaften der Republik eröffnet.

In **Richtung Gorlowka** haben Kämpfer der 58. Brigade unter Kommandos des Verbrechers Kaschtschenko die **Siedlungen des Bergwerks 6/7 und des Gagarin-Bergwerks**, mit 120mm- und 82mm-Mörsern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Infolge des Beschusses der Siedlung des Bergwerks 6/7 in Gorlowka wurden eine Wasserleitung, Objekte der Energieversorgung (eine Transformatorunterstation und eine Stromleitung), das Gebäude einer ehemaligen Schule in der Timirjasew-Straße 26 sowie ein Haus in der Timirjasew-Straße 24/1 beschädigt.

Störungsbrigaden der kommunalen Dienste der DVR haben die Stromversorgung operativ wieder in Betrieb genommen.

In **Richtung Donezk** haben Kriegsverbrecher der 56. Brigade auf Befehl von Iwanow das **Gelände des Flughafens** von Donezk mit großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Kämpfer der 28. Brigade unter Kommando von Martschenko haben die **Siedlung des Trudowskaja-Bergwerks** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen. Außerdem wurde von den Positionen der 128. Brigade auf Befehl von Gontscharuk **Dokutschajewsk** mit Antipanzergranatwerfern beschossen.

In **Richtung Mariupol** haben Kämpfer der 10. Brigade auf Befehl des Verbrechers Subanitsch **Sachanka** mit Antipanzergranatwerfern, großkalibrigen Maschinengewehren und Schusswaffen beschossen.

Zusätzliche Informationen über Zerstörungen von Objekten der zivilen Infrastruktur und Verletzte unter der Zivilbevölkerung werden noch ermittelt.

Die Materialien zum Beschuss von Ortschaften wurden Vertretern internationaler Organisationen, die sich in der Republik befinden, sowie der Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren, die gegen die Brigadekommandeure der BFU Kaschtschenko, Martschenko, Subanitsch, Iwanow und Gontscharuk eingeleitet wurden, hinzuzufügen.

Die bewaffneten Formationen der Ukraine gefährden weiter das Leben und die Gesundheit der friedlichen Bevölkerung auf dem von der Ukraine kontrollierten Territorium, indem sie **Technik und Waffen in Wohngebieten** von Ortschaften im Bereich privater Häuser stationieren.

Trotz der Beschwerden und Aufrufe der örtlichen Einwohner mit der Forderung, die von den Kämpfern stationierten Waffen abzuziehen, sowohl an Vertreter der Besatzungsadministration als auch an die Militärstaatsanwaltschaft, werden keinerlei Maßnahmen eingeleitet. Die **größte Konzentration von verbotenen Waffen und Technik** ist nach wie vor **in den Gebieten von Krasnogorowka, Bogdanowka, Beresowoje, Nowogrnatowka und Granitnoje** festzustellen.

Wir bemerken eine Zunahme der sozialen Spannungen in den genannten Gebieten, die in zunehmenden Konflikten zwischen örtlichen Einwohnern und Kämpfern der bewaffneten Formationen zum Ausdruck kommen.

Ein solcher Konflikt endete fast mit dem Einsatz von Waffen durch Kämpfer des 1. Bataillons der 28. Brigade gegen eine Initiativgruppe von Frauen und Rentnern aus Krasnogorowka, die forderten, zwei Schützenpanzer aus der Ortschaft abzuziehen, die vor den Augen der örtlichen Einwohner von den Kämpfern zur Durchführung provokativen Beschusses unserer Republik eingesetzt werden.

Wir erhalten weiter **Informationen über nicht kampfbedingte Verluste** der bewaffneten Formationen in der Zone der Besatzungskräfte.

In den letzten 24 Stunden starben zwei Kämpfer der BFU, drei weitere wurden verletzt. Heute Nacht gerieten im Zusammenhang mit der Verschlechterung der Wetterbedingungen zwei Kämpfer der 1. Bataillons der 28. Brigade auf ein eigenes Minenfeld im Gebiet von

Krasnogorowka, wobei eine der Sprengvorrichtungen detonierte. Infolge seiner Verletzungen starb der Soldat Konjew, der Fähnrich Dawidtschuk wurde mit Splitterverletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert.

Außerdem erleiden die Kämpfer der bewaffneten Formationen weitere Verluste infolge von Selbstmorden und nicht ordnungsgemäßen gegenseitigen Beziehungen vor dem Hintergrund des Alkoholgenusses.

Auf den Positionen im Gebiet von Starognatowka beging der Kämpfer des 15. Bataillons der 128. Brigade Feldwebel Skoba Selbstmord, indem er sich mit einer Maschinenpistole in den Kopf schoss.

Auf den Positionen der 56. Brigade im Gebiet von Peski wurde der Soldat Tarpaj aufgrund seiner Kritik an der faschistischen Ideologie von nationalistisch eingestellten Strafsoldaten verprügelt, der Kämpfer wurde mit zahlreichen Prellungen und Rippenbrüchen in eine medizinische Einrichtung in Awdejewka eingeliefert.

Außerdem haben wir Informationen über einen weiteren Fall von Selbstverletzung, um sich der Erfüllung Aufgaben an der Front zu entziehen, erhalten. In einem zeitweiligen Stationierungspunkt des 15. Bataillons der 58. Brigade in Dsershinsk trank der Feldwebel Bandura auf Rat eines Kameraden ein Glas Essig, Kameraden, die ihn in bewusstlosem Zustand auffanden, konnten ihm erste Hilfe leisten, der Strafsoldat wurde mit einer Magenblutung in ein Krankenhaus eingeliefert.

de.sputniknews.com: „Kriegspropaganda und Zensur in EU“: Sputnik Estland vor dem Aus - Chefredakteurin spricht Klartext

Von Paul Linke

Strafandrohungen durch die Polizei zwangen die meisten Sputnik-Journalisten in Estland Anfang des Jahres, ihre Arbeit einzustellen. Schweigen will ihre Chefredakteurin, Jelena Tscheryscheva, nicht. Im Interview spricht sie über „Zensur“ und „Kriegspropaganda“ in der EU und vermutet ein „Schema“ dahinter, das zunächst in Estland erprobt werden soll. „Man zwingt uns, zu schweigen, worüber andere nicht reden“. Dieser Satz steht bereits seit 36 Tagen auf der Hauptseite von Sputnik Estland. So lange befindet sich das Portal im Notbetrieb. Grund dafür sind Drohungen der estnischen Polizei und der Grenzschutzbehörde, Strafverfahren gegen Journalisten von Sputnik Estland einzuleiten, wenn diese nicht bis zum Anfang dieses Jahres ihr Arbeitsverhältnis bei der Internationalen Nachrichtenagentur (MIA) Rossiya Segodnya kündigen, zu deren Mediengruppe Sputnik gehört. Als Grund für die Strafandrohungen führen die Behörden europäische Sanktionen an, die gegen den Chef von Rossiya Segodnya, Dmitri Kisseljow, gerichtet sind. Die Mitarbeiter haben deswegen bereits ihre Kündigungen eingereicht. Im exklusiven Interview erklärt die Chefredakteurin von Sputnik Eesti, Jelena Tscheryscheva, was hinter den Drohungen steckt und wie es in ihrer Redaktion weitergeht.

- Jelena, welche Gedanken und Gefühle verbinden Sie mit den Drohbriefen und den erzwungenen Kündigungen Ihrer Kollegen und Mitarbeiter in Tallinn?

Ehrlich gesagt, kämpfe ich weiterhin für die Rückholung des Kollektivs, dafür, dass Sputnik Estland seine Arbeit fortsetzen kann. Deswegen setze auch ich meine Arbeit fort. Ich befinde mich im ständigen Arbeitsmodus. Es ist allerdings traurig, in ein leeres Büro zu kommen. Die ehemaligen Mitarbeiter stehen weiterhin im engen Kontakt. Diese ganze Situation hat uns geint. Alle warten darauf, dass die MIA Rossiya Segodnya und ich handeln, um Sputnik Estland zurück zu bringen. Auch wenn alle gekündigt hätten, würde ich meine Anstellung bei Rossiya Segodnya nicht aufgeben, weil ich solche Methoden einfach nicht akzeptiere, die die Polizei Estlands nutzt. Ich bin nicht bereit, ihre Auslegung der Wirtschaftssanktionen anzuerkennen. So, wie sie die Sanktionen, die gegen eine Person gerichtet sind, an eine internationale Informationsagentur anbinden.

- Was sind Ihre nächsten Schritte?

Erstens habe ich im Namen von MIA Rossiya Segodnya am 28. Dezember 2019 einen Brief an das Büro für Geldwäsche geschickt, wo die Drohbriefe herkamen. Darin beschreiben wir detailliert, dass es nicht möglich ist, MIA Rossiya Segodnya mit Sanktionen zu belegen, weil sie keiner Kontrolle durch Dmitri Kisseljow untersteht und dass alles, was sie tun, Willkür ist. Ende Januar erwarten wir eine Antwort.

Momentan gehen wir mit Anwälten in Estland unsere weiteren Schritte durch. Wir schweigen nicht und haben unseren Kampf nicht beendet. Wir hatten zunächst Schwierigkeiten mit Juristen. Ab dem ersten Januar haben sich fast gleichzeitig Anwaltskanzleien, die mit uns früher gearbeitet haben, von uns abgewandt. Ich schließe nicht aus, dass auf diese ein bestimmter Druck ausgeübt wurde, wie es einst der estnische Geheimdienst KAPO tat. Dieser hatte den Mitgliedern der Regierung einen Rundbrief zukommen lassen, in dem er dazu aufrief, nicht mit uns zu sprechen. Deswegen schließe ich nicht aus, dass ähnliche Briefe an die Rechtsanwaltskanzleien verschickt wurden. Nichts desto trotz haben wir eine Kanzlei gefunden und nicht nur eine. Das heißt, wir sind bereit, in verschiedene Richtungen, Gerichtsverfahren einzuleiten.

Ich persönlich werde alles in meiner Macht Stehende tun, damit die ganze Welt von dieser Gesetzlosigkeit erfährt. Ich werde alles tun, damit Europa und die Welt, Menschenrechtsorganisationen und andere Strukturen von dieser Gesetzlosigkeit erfahren. Darüber, dass man russische Journalisten hinters Gitter bringen will, nur weil sie für die Internationale Nachrichtenagentur Rossiya Segodnya arbeiten.

- Könnten Sie die ganze Sachlage für uns zusammenfassen? Warum waren die Mitarbeiter gezwungen, zu kündigen?

Die ganzen vier Jahre seit der Gründung haben wir unter ziemlich schwierigen Bedingungen gearbeitet. Zugang zu Informationen wurde uns verweigert, wir wurden nicht zu Veranstaltungen akkreditiert, ich habe bereits die Empfehlungsschreiben der Polizei erwähnt, die verhindern sollten, dass weder die Regierung noch andere Ämter und Kommunale Dienstleister mit uns sprechen. Sogar vom einfachen Arzt bekamen wir eine Antwort, dass er mit uns nicht sprechen dürfe.

Als wir 2015 unsere Vertretung in Estland eröffnet haben, hat die Bank unser Konto gesperrt. Vier Jahre haben wir quasi ohne ein Konto gearbeitet. Somit haben die Mitarbeiter ihren Lohn direkt von Rossiya Segodnya erhalten - auch unsere Vertragspartner. Sogar die estnische Steuerbehörde hat die Steuern vom Konto in Russland bezogen. Ende Oktober hat uns dann eine neue Welle erfasst. Eine wirtschaftliche Blockade hat begonnen. Estnische Banken haben Transaktionen von Rossiya Segodnya storniert. Die Banken unserer Mitarbeiter haben ihnen mitgeteilt, dass Transaktionen von Rossiya Segodnya komplett verboten werden und dass unser Arbeitgeber unter Sanktionen stehe. Das ist eine eindeutige Lüge. Rossiya Segodnya befindet sich auf keinen Sanktionslisten.

Weiterhin haben die Banken Mietzahlungen blockiert. Der Vermieter war gezwungen, mit uns den Vertrag zu kündigen. Der 29. Februar ist der letzte Tag in unserem Büro. Am 16.

Dezember hatten wir dann die ersten Mitteilungen in unseren Briefkästen, dass ein Einschreibebrief der Polizei in der Post vorliegt - untypisch für ein Land, das in Europa als das fortschrittlichste in Sachen Digitalisierung gilt. Ich gehe davon aus, dass sie unsere Unterschriften vergleichen wollten.

In diesen Briefen hieß es, falls jemand bei Rossiya Segodnya angestellt ist, so falle dieser unter den Paragraphen 93, Absatz 1 des estnischen Strafgesetzbuches über das Nichteinhalten der internationalen Sanktionen. Auf diese Weise, können wir eine Haftstrafe bis zu fünf Jahren bekommen, in dem wir eine Dienstleistung für Rossiya Segodnya erbringen. Auch die Konfiszierung des Eigentums und unglaublich hohe Strafen würden uns drohen. Eben diese Briefe haben einen großen Einfluss auf die Vielzahl der Kollegen gehabt. Sie waren gezwungen, wegen der Gefahr durch strafrechtliche Konsequenzen, die Verträge mit Rossiya Segodnya zu kündigen.

- *War das die Entscheidung der einzelnen Mitarbeiter?*

Es ist so, dass die Polizei uns diese Briefe zwei Wochen vor dem Beginn des neuen Jahres zugeschickt hat. Dabei waren noch die Feiertage dazwischen. Im Endeffekt hatten wir nur eine Woche, um darauf zu reagieren. Und ab dem ersten Januar wurden Änderungen in dem besagten Paragraphen 93 eingeführt.

Bis 2020 fiel man unter den besagten Paragraphen, wenn man wissentlich gegen die Sanktionen verstoßen hatte. Ab 2020 hilft Unwissenheit nicht mehr, um nicht unter dieses Gesetz zu fallen. Es ist nun ihre Pflicht, darüber informiert zu sein. Und alle Kollegen machten sich nun automatisch strafbar, zumindest wenn es nach den Behörden geht.

Wir haben auf die Bewertung der Juristen aus Tallinn und Moskau gewartet. Das war eine gemeinsame Arbeit und Analyse. Wir haben alle Argumente in die Waagschale geworfen und haben verstanden, dass wir juristische Schritte unternehmen müssen, um unsere Position zu verteidigen. Aber um unsere Leute zu schützen, habe ich alle Angestellten versammelt und habe deutlich gemacht, was ihnen konkret droht. Des Weiteren haben alle ihre Entscheidung selbst getroffen.

- *Welche Reaktionen haben Sie auf das Vorgehen der Behörde vernommen?*

Nahezu gar keine. Sie tun so, als ob nichts geschehen wäre. Premierminister Jüri Ratas hat gesagt, es gibt keinen Skandal, und er kann gar nicht verstehen, um was es eigentlich geht. Und das ist der Premierminister der Zentrumspartei! Diese Partei lebt seit eh und je von russischen Stimmen in der Bevölkerung. Und die russischsprachige Bevölkerung unterstützt die Tätigkeit von Sputnik Estland.

Die Chefredakteurin von Rossiya Segodnya, Margarita Simonjan, hat einen Brief an die Präsidentin Estlands, Kersti Kaljulaid, geschrieben: null Reaktionen. Der erste, der sich offen für uns ausgesprochen hat, ist der ehemalige Premierminister von Estland, ehemaliger Vorsitzender der Zentrumspartei, bekannter politischer Akteur, Edgar Savisaar. Er wurde leider von seinen Parteikollegen abgesetzt. Aber nichts desto trotz ist er eine historische Persönlichkeit.

Ich wurde im Januar ins das russischsprachige Fernsehprogramm von „ETV-Plus“ eingeladen, wo meine Opponenten diejenigen waren, die für die richtige Propaganda in Estland verantwortlich sind. Es gab eine Zuschauerabstimmung. Und gewonnen hat mit einem großen Abstand unsere Sichtweise: Also, dass das, was gerade vor sich geht, eine echte Zensur ist. Aber Zensur ist in Estland durch die Verfassung verboten. Das muss ich wohl nicht extra erwähnen. Aber wir sind für diese Leute keine Journalisten, wir sind keine Massenmedien. Wir sind kremltreue Propagandisten und alles in dieser Art.

- *In Deutschland hören wir oft von der russischen Gefahr und das Estland Angst vor einem Angriff Russlands hat. Ist das wahr? Im Januar hat das größte Nato-Manöver seit dem Ende des Kalten Krieges angefangen – „Defender Europe 2020“. Auch dieses wird mit der Gefahr aus dem Osten begründet.*

Das ist Kriegspropaganda. Auch wir machen Propaganda, aber in der Art und Weise, dass wir gute nachbarschaftliche Beziehungen zwischen Russland und Estland propagieren. 99 Prozent der Angestellten bei Sputnik Estland sind estnische Staatsbürger. Alle lieben und respektieren ihr Land, niemand will Krieg, alle sind für friedliche Beziehungen. Doch was sehen wir in Estland? Hier geht es doch nicht um den normalen, durchschnittlichen Bürger in Estland. Das sind vernünftige Leute mit einem gesunden Menschenverstand. Sie befürworten Frieden. Aber es gibt politische Akteure, die meiner Ansicht nach zwischenstaatliche Feindseligkeiten schüren. Sie verängstigen ihre Bevölkerung mit bösen Märchen über Russland, die durch keine Fakten belegt sind. Wir lesen und hören immer wieder, dass Russland ein Aggressor ist. Die Präsidentin Kaljulaid kam 2019 nach Russland und traf sich mit Präsident Wladimir Putin. Wir haben große Hoffnungen auf dieses Treffen gesetzt. Etwa sechs Jahre haben sich die beiden Präsidenten nicht getroffen. Aber nein: Kaljulaid kam zurück, besuchte irgendwelche europäischen internationalen Veranstaltungen, wo sie dann erklärte, dass man in

Russland nur die Sprache der Stärke versteht, weil Russland ein Aggressor sei. Das ist doch verrückt, dass ein Staatsoberhaupt andauernd davon quasselt, dass Russland bald Estland angreifen wird.

Natürlich gibt es Leute, die weder russische Presse lesen, die kein Russisch sprechen und manche, die auch kein Englisch sprechen. Sie lesen nur, was auf Estnisch erscheint. Sputnik Estland war die einzige internationale Nachrichtenagentur, die Beiträge in estnischer Sprache verfasst hat. Wir haben immer Informationen veröffentlicht, die besagen, dass Russland keine Absicht hat, Estland anzugreifen, dass Russland nur gute, nachbarschaftliche Beziehungen anstrebt. Doch anscheinend gefällt es den hiesigen Machthabern nicht. Das ist das Problem. Und deswegen wollen sie uns verbieten.

Weiterhin hat Putin angekündigt, dass Russland alles dafür tun wird, damit die historische Gerechtigkeit und Wahrheit über den Zweiten Weltkrieg unvergessen bleibt. Doch wir sehen, dass Regierungsvertreter Estlands, einzelne Abgeordnete, entschieden haben, das Thema im Parlament anzugehen und sprechen darüber, dass Russland der Welt angeblich seine Sichtweise im Hinblick auf den Ausgang des Zweiten Weltkrieges aufdränge. Verstehen sie? Sie publizieren das alles in estnischer Sprache, sie untergraben unsere Wurzeln und Sputnik Estland kann darauf jetzt nicht antworten.

- Was steckt hinter den Drohungen der Behörden? Was vermuten Sie?

Es gibt eine Vermutung, die auch Dmitri Kisseljow geäußert hat, dass dieses Schema an Estland zunächst erprobt wird. Unsere Juristen haben das Rechtsfeld der Länder analysiert, wo Sputnik tätig ist. Und ein derartiges Gesetz haben sie nur in Estland gefunden. Sie haben es an den Haaren herbeigezogen und erproben jetzt dieses Modell. Es gibt nur zwei Möglichkeiten: Es ist klar, dass wir bis zum Europäischen Gerichtshof mit dieser Angelegenheit gehen werden. Dieser wird entscheiden müssen, ob Estland die Rechtslage richtig auslegt. Wenn wir jedoch im Rechtsstreit auf europäischer Ebene unterliegen, dann können Lettland, Litauen, Polen, aber auch Deutschland diese Rechtsprechung nutzen und diese Anpassungen in ihren jeweiligen Strafgesetzbüchern vornehmen. Das kann man sich durchaus vorstellen. Deswegen, ist es fraglich, ob es nur eine estnische Initiative ist. Oder, ob es ein Auftrag ist, um diesen Fall in Estland zu erproben.

- Ich habe bereits mehrfach die deutsche Bundesregierung nach ihrer Beurteilung der Lage um Sputnik in Estland gefragt. Ihre Antwort war: „Sie kennen unsere grundsätzliche Haltung zur Meinungsfreiheit. Innenpolitische Vorgänge, die mir zum einen zunächst nicht vorliegen und zum anderen würden wir die nicht kommentieren“. Das sagte die stellvertretende Sprecherin der deutschen Bundesregierung, Ulrike Demmer. Überrascht sie das?

Das wundert mich sehr, denn das ist keine innere Angelegenheit. Leute, das ist eine Auslegung der europäischen Gesetze über internationale Sanktionen. Als ich in das zuständige Büro gegangen bin und gefragt habe, warum sie internationale Sanktionen mit MIA Roissiya Segodnya verknüpft haben, empört es Euch nicht, dass Sputnik sowohl in Deutschland als auch in Frankreich, Großbritannien und in vielen anderen Ländern tätig ist?

Sie antworteten mir: Wir sind nur für Estland verantwortlich. Aber die internationalen Sanktionen sind doch kein innerstaatliches Gesetz - es ist ein europäisches Gesetz! Wundert es Euch in Deutschland nicht, dass eine europäische Gesetzgebung in Estland so ausgelegt wird, wie es einem passt? Dann gibt es bald gar keine Grenzen mehr bei diesem Gesetz. Dann wird jedes europäische Land, jedes Unternehmen, das in irgendeiner Art und Weise mit einer sanktionierten Person verbunden ist, zur Verantwortung ziehen können. Das wird eine völlige Gesetzlosigkeit bedeuten.



<https://cdn1.img.sputniknews.com/images/32643/01/326430178.jpg>

Mil-Inr.info: Erklärung des Offiziers des Pressedienstes der Volksmiliz der LVR I.M. Filiponenko

Nach Angaben, die von Vertretern der LVR im GZKK erfasst wurden, wurde **in den letzten 24 Stunden kein Beschuss** von Seiten der ukrainischen Streitkräfte festgestellt.

Der Gegner nutzt weiter den Waffenstillstand zur **Stationierung von Militärtechnik in der Nähe von Ortschaften** und gefährdet so friedliche Einwohner.

Nach Angaben unserer Quellen wurde im Verantwortungsbereich der 93. Brigade im privaten Sektor von Orechowo-Donzkoje ein Schützenpanzerwagen getarnt im Hof örtlicher Einwohner entdeckt.

Zahlreiche Beschwerden und Anzeigen von Einwohnern der Ortschaften, dass die Militärtechnik und Waffen aus ihren Höfen abgezogen werden sollten, ignoriert das Kommando der OOS und unterstreicht so seine Missachtung der Bevölkerung des Donbass.

...

de.sputniknews.com: Irak öffnet Landverkehrsweg für Handel mit Russland

Der Irak öffnet laut dem irakischen Botschafter in Moskau, Abdulrahman Hamid Mohammed al-Hussaini, eine Landroute für den Handel mit Russland und erwartet eine Ausweitung des gegenseitigen Handels.

„Gestern haben wir uns mit Herrn (Vizeaußenminister Michail) Bogdanow getroffen, dabei war auch der stellvertretende Außenminister des Iraks anwesend. Und gerade während des Treffens setzte sich der irakische Außenminister mit seinem Stellvertreter in Verbindung (...) und teilte mit, dass der Ministerrat des Iraks grünes Licht für die Öffnung der direkten Bodenkommunikation zwischen Russland und dem Irak gegeben habe“, sagte der Botschafter bei einem Treffen mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Föderationsrates, Liliya Gumerowa.

Geografisch beträgt die Entfernung zwischen der irakischen und der russischen Grenze 1700 Kilometer, und die Entfernung zwischen Bagdad und Moskau beträgt 2400 Kilometer. Was den Handel über die Landrouten betreffe, sei die Entfernung alles andere als groß, so al-Hussaini.

"Wir haben großartige Möglichkeiten für den gegenseitigen Handel. Ich hoffe wirklich, dass russische Waren im Bereich der Landwirtschaft, Elektrizität und Baumaterialien auf dem irakischen Markt auftauchen werden, und ich hoffe auch, dass irakische Waren auf den russischen Markt kommen werden“, fügte der Diplomat hinzu.

dan-news.info: „In den Kampf mit den Elementen haben sich auch die Kollektive der Bergwerke der Republik eingeschaltet. Die staatlichen Unternehmen des Kohlebereichs

haben 30 Stück Spezialtechnik für die Schneeräumung sowohl an den Zufahrtswegen zu den Unternehmen als auch in den Straßen der Bergbaustädte zur Verfügung gestellt“, teilte das Kohle- und Energieministerium der DVR mit.

Die Bergleute haben Traktoren zur Verfügung gestellt, die mit Pflügen ausgestattet sind, Raupenfahrzeuge, komplexe Straßentechnik, Lastwagen, Bulldozer und andere Technik. Auch Arbeitskräfte werden eingesetzt. Beispielsweise haben die Bergleute des Makejewker Bergwerks „Cholodnaja Balka“ umgestürzte Bäume in der in der Nähe befindlichen Ortschaft beseitigt.

Die Wetterbedingungen in der DVR sind weiter äußerst schwierig. Nach Angaben des Kohle- und Energieministeriums hat der feuchte Schnee zu zusätzlichen Störungen in den Stromnetzen geführt, meistens wegen des Abbrechens großer Äste und Umstürzen von Bäumen unter der Schneelast.

Zum Stand um 14:00 Uhr waren in der Republik 66 Hochspannungsleitungen außer Betrieb, 544 Transformatorunterstationen hatten keinen Strom, 29.244 Haushalte und 41 Heizwerke hatten keinen Strom. Die Arbeiten zur Wiederinbetriebnahme gehen weiter, mehr als 100 Brigaden von Energietechnikern sind im Einsatz.

de.sputniknews.com: **Pentagon recherchiert offenbar Sputnik-Accounts – und bringt die Agentur zum „Staunen“**

Die Nachrichtenagentur „Rossiya Segodnya“ hat in ihrer Antwort auf eine Anfrage des US-Magazins „Newsweek“ die Ausgabenverteilung des US-Verteidigungsministeriums kommentiert.

Das Magazin teilte mit, dass das Pentagon Sputnik-Accounts in sozialen Netzwerken recherchiert. Damit wolle das Amt offenbar feststellen, ob Sputnik auf sozialen Netzwerken angeblich „Falschmeldungen“ über die Verbreitung des Coronavirus 2019-nCoV veröffentlicht. In diesem Zusammenhang wollte „Newsweek“ einen Kommentar von der russischen Agentur bekommen.

Der Pressedienst von „Rossiya Segodnya“ zeigte sich „erstaunt“ darüber, dass Sputniks Einträge die Aufmerksamkeit US-amerikanischer Militärs auf sich gezogen hätten.

„Seitdem wir Ihre Anfrage bekommen haben, befinden sich hier alle, ehrlich gesagt, im Zustand des Schocks und des Zitterns wegen des von Ihnen angeführten Beispiels für eine präzedenzlose Effektivität der Ausgaben des US-Militärhaushalts.“

Die Agentur sei allerdings „froh“, dass ihre Produkte als „wichtige Informationsquelle für das Pentagon“ dienen. „Rossiya Segodnya“ werde das auch weiter „im Auge haben“.

„Übermitteln Sie dem Verteidigungsministerium der Vereinigten Staaten unsere besten Wünsche.“

Russische Medien in westlichen Ländern

Die Lage um russische Medien in Nordamerika und Europa wird immer komplizierter. Ende 2016 verabschiedete das Europäische Parlament eine Resolution. Sie bezeichnete es als notwendig, russischen Medien entgegenzuwirken, und nannte Sputnik sowie den Fernsehsender RT, die zur Mediengruppe „Rossiya Segodnya“ gehören, als die wichtigsten Bedrohungen.

Viele westliche Politiker warfen Sputnik und RT Einmischung in Wahlen in den USA und Frankreich vor, ohne jegliche Beweise zu liefern. Moskau wies die Beschuldigungen entschieden zurück. Im Dezember 2019 setzte das Nationale Komitee der US-amerikanischen Demokratischen Partei Sputnik und RT auf die Liste „propagandistischer“ Medien.

Estnische Behörden drohen Sputnik-Mitarbeitern

Ende 2019 hatten die Behörden in Estland Mitarbeitern von Sputnik Eesti mit Strafverfolgung gedroht, wenn sie vor Jahresbeginn 2020 ihren Job für „Rossiya Segodnya“ nicht aufgeben. Begründet wurde dies mit den Sanktionen, die die EU am 17. März 2014 im Hinblick auf die damaligen Ereignisse in der Ukraine gegen Einzelpersonen und Unternehmen verhängt hatte.

Die EU-Sanktionen wurden jedoch laut dem estnischen Außenminister Urmas Reinsalu nicht gegen die Mediengruppe „Rossiya Segodnya“ verhängt, sondern persönlich gegen deren Chef Dmitri Kisseljow.

Moskau reagiert

Russlands Präsident Wladimir Putin hatte in einem Kommentar hinsichtlich der Situation um Sputnik Eesti erklärt, dass die russischen Behörden alles tun würden, um Sputnik bei seiner Arbeit in anderen Ländern zu unterstützen. Die Handlungen der estnischen Behörden gegenüber Journalisten der Agentur Sputnik seien ein „erstaunlichen Zynismus“.

abends:

de.sputniknews.com: dnronline.su/denis-pushilin.ru: Heute führte das Oberhaupt der DVR Denis Puschilin eine **außerordentliche Besprechung mit den Leitern der Städte und Bezirke der Republik** sowie mit den Leitern der Fachministerien und -behörden zur Situation, die durch die Verschlechterung der Wetterbedingungen entstanden ist, durch. Besonders ging es um die Bewertung der Lage sowie Fragen der Zusammenarbeit der kommunalen Dienste der Städte und Bezirke mit anderen Behörden.

„Ich bin heute selbst auf eine Straße gefahren, bin durch einige Städte und Bezirke gefahren. Ich habe selbst gesehen, was geschieht, den Zustand der Straßen. Deshalb bitte ich offen und kurz über die Lage zu berichten“, sagte Denis Puschilin.

Während der Besprechung gab es Berichte über die Lage in Donezk, Makejewka, Schachtjorsk, in den Bezirken Telmanowo, Charzysk, Dokutschajewsk sowie über die Situation im Bereich des Gesundheitswesens, der Kommunikation, der Energie, der Wohnungswirtschaft usw.

Zur Situation in der Republik im Ganzen sagte der Zivilschutzminister, Generalleutnant des Zivilschutzes Alexej Kostrubizkij, dass die schwierigste Lage in den Bezirken Amwrosiewka, Schachtjorsk und Telmanowo besteht. Dabei kritisiert der Zivilschutzminister heftig die Untätigkeit der Führung des staatlichen Unternehmens „Awtodor“, das dem Verkehrsministerium der DVR untersteht, bei der Beseitigung von Schneeverwehungen. Nur 41 von 82 Stück Spezialtechnik zur Räumung der Straßen waren im Einsatz, weil keine Fahrer und Mechaniker da sind. Es gibt große Probleme auf den Straßen zwischen den Ortschaften

„Aus den Berichten wird klar, dass die Situation in der Republik ungleichmäßig ist. An einem Ort wird gearbeitet, an einem anderen steht alles einfach. Einige haben aus den Schneefällen des letzten Jahres nichts gelernt, obwohl wir sehr früh begonnen haben, uns auf den Winter vorzubereiten, bereits im Juli des letzten Jahres“, sagte Denis Puschilin.

Im Ergebnis der Besprechung erteilte das Oberhaupt der DVR dem Verkehrsminister Dmitrij Podlipanow einen Verweis, außerdem wurde entschieden, das staatliche Unternehmen „Awtodor“ für die Zeit der Beseitigung der Notfallsituation operativ dem Zivilschutzministerium der DVR zu unterstellen.

Außerdem erhielten die Verwaltungen der Städte und Bezirke die Aufgabe, täglich operative Informationen über die Situation zu liefern sowie alle Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen der Naturereignisse zu ergreifen.

de.sputniknews.com: **Bevor neue US-Sanktionen kommen: Europäische Investoren lassen Nord Stream 2 nicht im Stich**

Von Liudmila Kotlyarova

Die Gaspipeline Nord Stream 2 ist laut deren Betreiber finanziell bereits zu 98 Prozent abgedeckt worden. Früher am Tag machte Österreichs Energieriese OMV seine Investitionen ins Projekt im Jahre 2019 publik. Man vertraut auf die Fertigstellung der Pipeline, bezweifelt aber angesichts der US-Sanktionen eine baldige Wiederaufnahme der Bauarbeiten.

„Der Cashflow aus der Investitionstätigkeit beinhaltet 2019 einen Mittelabfluss von 113 Millionen Euro für die Finanzierungsvereinbarungen für das Pipelineprojekt Nord Stream 2“, heißt es in dem am Donnerstag veröffentlichten OMV-Bericht. 2018 hatte der Konzern 275 Millionen in die Nord Stream 2 gesteckt. Insgesamt will das österreichische Unternehmen das Projekt zum Jahreswechsel bereits mit 712 Millionen Euro unterstützt haben. Wie Konzernchef Rainer Seele am Donnerstag auf der Pressekonferenz mitteilte, werde sich die Verzögerung der Bauarbeiten nicht auf die finanzielle Beteiligung des Konzerns am Projekt auswirken. Jedoch geht Seele nicht davon aus, dass die Bauarbeiten bald wiederaufgenommen werden.

„Verzögerung des Projekts beeinträchtigt die Rentabilität nicht“

„Details zu den Finanzierungsvereinbarungen sind vertraulich“, sagte seinerseits der Konzernsprecher Andreas Rinofner gegenüber Sputnik.

„Wir können jedoch sagen, dass die Verzögerung des Projekts die Rentabilität der Finanzierungsvereinbarung nicht beeinträchtigt. Die OMV hat Finanzierungsverträge mit einem Höchstbetrag von 950 Millionen Euro abgeschlossen.“

Die Nord Stream 2 AG entwickle derzeit einen überarbeiteten Projektdurchführungsplan. In der OMV vertraue man auf die Fertigstellung der Pipeline, so Rinofner.

Neben Gazprom wird die leidgeprüfte Gaspipeline zur Hälfte von fünf europäischen Energieunternehmen finanziert, also von der OMV, der englisch-niederländischen Royal Dutch Shell, der französischen Engie und nicht zuletzt von den deutschen Firmen Wintershall Dea, einer Tochterfirma von BASF AG, sowie von Uniper. Bisher sollten die gesamten Baukosten für das Projekt bei rund 8 Milliarden Euro liegen.

Ungefähr 98 Prozent davon seien bereits von Gazprom und den übrigen fünf Unternehmen gestellt worden. Dies antwortete der Sprecher des Betreibers, Steffen Hartmann, auf die Sputnik-Fragen, wie gut das Projekt finanziell gesichert sei. Bei der europäischen Unterstützung handele es sich dabei um die Fremdfinanzierung, das heißt, dass Gazprom doch der alleinige Anteilseigner ist. Anfangs sollte Gazprom lediglich die Hälfte der Aktien besitzen, die europäischen Unternehmen durften sich aber letztendlich wegen der Gegenwirkung seitens der polnischen Kartellbehörde nicht am Stammkapital beteiligen und wurden somit direkte Finanzinvestoren.

Neue US-Sanktionen in Sicht - OMV-Chef Seele: „Wenn die Sanktionen tatsächlich Gaskunden betreffen würden ...“

Kürzlich waren Informationen aufgetaucht, dass die USA womöglich neue Sanktionen gegen das Projekt planen, sollte Russland versuchen, die noch fehlenden Kilometer der Pipeline in der Ostsee fertigzustellen. Dem „Handelsblatt“ zufolge könnte es dieses Mal die europäischen Investoren treffen, also die fünf Unternehmen, oder womöglich die Firmen, die das Gas, sollte es irgendwann einmal fließen, abnehmen wollten. Das alles könnte sehr schnell gehen, heißt es weiter, möglicherweise noch im Februar oder März.

OMV-Seele meinte weiter auf der Pressekonferenz am Donnerstag, es stehe nicht die Frage, ob sein Konzern das Projekt verlassen oder bleiben würde. Bei den Auswirkungen der angeblich neuen Sanktionsideen der USA auf das Projekt brachte er neue Informationen ins Spiel. „Wenn die Sanktionen tatsächlich Gaskunden betreffen würden, hätte das nicht nur Auswirkungen auf Pipelineprojekte, sondern vor allem auf den gesamten Gasmarkt in Europa. Das heißt, das würde die Gaspreise und die Versorgungssicherheit in Europa stark beeinflussen“, so Seele.

Die ersten US-Sanktionen längst in Kraft

Die Bauarbeiten an der Nord Stream 2 waren Ende Dezember mit der Unterzeichnung eines entsprechenden Verteidigungsetats für 2020 mit Sanktionen gegen russische Pipeline Projekt gestoppt worden, nachdem der Rohrverleger Allseas aus dem Projekt endgültig ausgestiegen war. Die Maßnahmen gegen Nord Stream 2 sowie gegen die Pipeline Turkish Stream, die aus Südrussland in die Türkei führt, richteten sich gerade gegen Verlegefirmen und deren Schiffe.

Etwa 160 Kilometer in zwei Rohrsträngen von der insgesamt 2460 Kilometern langen Pipeline sind damit zum Bau übrig geblieben.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/32643/22/326432247.jpg>

de.sputniknews.com: **Ukrainische Abgeordnete liefern sich Handgemenge im Parlament**

In der Werchowna Rada (ukrainisches Parlament) ist eine Diskussion um den Handel mit Agrarland am Donnerstag laut örtlichen Medien zu einem rabiaten Handgemenge zwischen Abgeordneten ausgeartet. Aufnahmen des Zwischenfalls wurden im Internet veröffentlicht. Auslöser war demnach der Versuch von Oppositionsabgeordneten um die Ex-Regierungschefin und Vorsitzende der Partei „Batkiwschtschina“ (dt. „Vaterland“), Julia Timoschenko, die Sitzung durch eine Besetzung des Präsidiums zu blockieren. Mehrere Abgeordnete der Regierungspartei „Sluha narodu“ („Diener des Volkes“) von Präsident Wladimir Selenski wollten die Sperre verhindern und stellten sich den Parlamentskollegen der Timoschenko-Partei handfest in den Weg.

Die „Batkiwschtschina“-Chefin soll nach Angaben des Portals LB.ua die Leitung des wichtigsten Mikrofons vor dem Platz des Parlamentsvorsitzenden der Werchowna Rada, Dmytro Rasumkow, ausgerissen haben. Dabei habe sich Timoschenko den Daumen verletzt, sodass es zu einer Blutung gekommen sei.

Danach forderte der Abgeordnete von „Sluha narodu“, Dawid Arachamija, vor der Presse, Timoschenko sollte entweder den Schaden beheben oder sich dafür vor einem Strafgericht verantworten, so Medien.

Handgreiflichkeiten bis hin zu Schlägereien haben in der Werchowna Rada in Kiew eine lange Tradition. Immer wieder gibt es Aufrufe, Debatten mit Worten und nicht mit Fäusten auszutragen.

Frage um Ackerland in der Ukraine

Die Freigabe des Handels mit Ackerland ist in dem durch fruchtbare Schwarzerdeböden geprägten osteuropäischen Land umstritten. In Umfragen ist eine Mehrheit der Ukrainer dagegen. Die Regierung erhofft sich aber Investitionen und einen Schub für den Landwirtschaftssektor.

In der Ex-Sowjetrepublik wurden bisherige Vorhaben dazu immer wieder aufgeschoben. Präsident Selenski hatte die Einrichtung eines Bodenmarktes jedoch zur Priorität erklärt.

`<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/p8NYpJZ5Ik4" frameborder="0" allow="accelerometer; autoplay; encrypted-media; gyroscope; picture-in-picture" allowfullscreen></iframe>`

<https://youtu.be/p8NYpJZ5Ik4>